Bezugsgebühr
vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 u. Vorm. 8–3 Uhr Nachm., Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.; [illegible] 40 Pfg. Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 20 Pfg. Für Familiennachrichten [illegible] 30 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang.

Meyer's mollige Schlafröcke!
Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 7.

Dresden, 1896.

Photographische
Apparate
in reichster Auswahl bei
Emil Wünsche
Moritzstr. 20
(Nähe der Maximilians-Allee.)
Ausführlicher Catalog nach auswärts gegen 20 Pfg. in Briefmarken.

Jumpelt's
Deutscher Veilchen-Duft.
Hochfein und **anhaltend.**
Käuflich in allen feinen **Parfümeriehandlungen.**

L. Weidig, Waisenhausstr. 34.
Grosses Lager von
Neuheiten elegant garnirter Damenhüte.
Regelmässige, persönliche Einkäufe und Modestudien in Berlin, **Paris** und Wien.

H. A. Pupke
Schlossstr. 10, part. u. I. Et.
Kronen, Ampeln, Tischlampen u. s. w.
für Gas und elektrisches Licht.

Photographie von **Hahn**'s Nachf.
Specialitäten: **Kinder-** und **Gruppen-Aufnahmen,** Visitkarten-Photographien 12 Stück 6 Mark, **Vergrösserungen** nach jedem Bild in künstl. Ausführung.
Jetzt: Waisenhausstr. 16,
gegenüber dem ehemaligen Victoria-Hotel.

Nr. 320. **Spiegel:** Tagespresse. Fernschreib- und Fernsprech-Berichte. Beamtengehalte, Bürgerversammlung, Victoria-Salon, Gerichtsverhandlungen. Sinfonie-Concert, „König Heinrich“, Lessing und Luther. Büchererscheinungen, Ernst und Scherz. **Donnerstag, 19. Novbr.**

Die Bedeutung der Tagespresse.

Im Wiener wissenschaftlichen Klub hat vor Kurzem Dr. Emil Löbl einen Vortrag über „die Tagespresse in ihren Beziehungen zum geistigen Leben der Gegenwart“ gehalten. Er verweist darauf, daß man die überaus hervorragende Stellung der Tagespresse unter den Werkzeugen des Kulturfortschritts am besten ermessen könne, wenn man sich die Tagespresse einfach aus der Gesammtheit unserer öffentlichen Erscheinungen beseitigt denke. Als den größten Erfolg stellt er den hin, daß erst durch die Presse allen geistigen Richtungen die volle Freiheit gegeben worden ist, sich vor den Augen der Menschheit zu entfalten, um Anerkennung und Geltung zu ringen. Weiter betont Dr. Löbl, daß die Presse die Schule der Erwachsenen, die thatsächliche Fortsetzung des Schulunterrichts bildet. Die Schule hat uns auf allen Wissensgebieten das Gewordene und Bestehende gelehrt, die Presse lehrt uns das Werdende und Geschehene und verweist auf das Kommende. Heute ist es möglich geworden, daß jeder belangreiche Vorfall, der sich an irgend einem Punkt der civilisirten Erde ereignet, innerhalb 24 Stunden allüberall bekannt wird. Heute, wo wir über die Schicksale fremder Völker täglich fast ebenso sorgfältig unterrichtet werden, wie über unsere eigenen, ist es ganz undenkbar, daß sich eine solche Summe von Vorurtheilen und Abneigungen zwischen die Nationen legen könnte wie ehedem. Heutzutage könnte sich auch nicht mehr mit neuen Erfindungen ereignen, was dem ersten 1707 von Kassel nach Münden auf der Fulda fahrenden „feurigen Schiff“ widerfuhr, nämlich, daß es wegen seiner Unheimlichkeit am Ende der Fahrt von den Schifferleuten so gründlich in Trümmer geschlagen wurde, daß diese erste Erfindung eines Dampfschiffes völlig in Vergessenheit gerieth, und daß ein volles Jahrhundert verfließen mußte, bis die Erfindung 1807 in Amerika neu erfunden wurde.

Nur die Presse verleiht heute Oeffentlichkeit. Die Oeffentlichkeit der strafgerichtlichen und parlamentarischen Verhandlungen besteht thatsächlich in nichts anderem, als in der Berichterstattung der Presse. Was schafft den großen Nationalfeiern, die mit dem Glanz des Hofes, unter Anwesenheit der höchsten Staatsmänner und der berufenen Volksvertreter begangen werden, die nachhaltige Wirkung im ganzen Volk? Nicht die augenblickliche Anwesenheit von einigen Hunderten oder Tausenden Menschen, denen Rang und Stellung, Zudringlichkeit oder Neugierde die Theilnahme ermöglicht, sondern wiederum nur die ausführliche und begeisterte Schilderung durch die Presse, die statt der geringen Anzahl der zufällig Anwesenden Millionen theilnehmen läßt im Geiste und mit dem Herzen, und die dem vaterländischen Samenkorn, das an solchen Festen im Volke ausgestreut werden soll, eine gute Statt weit über die Grenzen des Vaterlands hinaus bereitete. In immer weiteren Kreise bricht sich die Bedeutung dieser Aufgabe der Presse Bahn; in den Gerichten, in den Parlamenten weist man den Berichterstattern der Presse, die früher in dunkle Ecken verbannt und als schlimme Eindringlinge behandelt wurden, immer mehr gute Plätze (?) mit besser Gelegenheit zum Sehen und Hören an; denn immer mehr wird die Wahrheit erkannt, daß gute, zuverlässige Berichte nur der erstatten kann, der gut zu hören und zu sehen und bequem zu schreiben vermag; und nicht minder verschafft sich der Satz Geltung, daß, je schlechter die Berichterstatter behandelt werden, um so geringer auch ihre Fähigkeiten sein und um so unvollkommener ihre Leistungen ausfallen müssen. Wie sehr in dieser Hinsicht die Bedeutung der Presse gewachsen ist, darauf weist Löbl hin, indem er ausführt, daß alle andern Formen der öffentlichen Bekanntmachung, die in einzelnen Gesetzen vorgesehen sind, wie Maueranschlag, Bekanntmachung bei Trommelschlag und Trompetenschall, Verkündigung von der Kanzel herab, oder beispielsweise die Vertheilung des gedruckten Strafurtheils nach einer Hinrichtung — immer mehr zur leeren Formel herabsinkt; sie verblassen und treten in den Hintergrund gegenüber der einzig wirksamen Oeffentlichkeit, die durch die Mittheilung in den Zeitungen begründet wird.

Diese Bedeutung des Zeitungswesens wächst noch durch die täglich sich steigernde Ueberfülle des zu bewältigenden Stoffes. Mit Recht sagt Löbl: „Es ereignet sich heutzutage unendlich viel mehr als in der guten alten Zeit. Enorme Gebiete des Erdkreises, die noch vor einem Jahrhundert in dem traumhaften Zustand jungfräulicher Unkultur dahinschlummerten, sind heute mitten in den Wirbel des modernsten politischen und ökonomischen Lebens hineingerissen, und um die ganze Erde schlingt sich das Band materieller Interessengemeinschaft. Das Capland ist zum Tummelplatz der raffinirtesten Börsenjobberei geworden; wenn im fernsten Orient die Völker auseinanderschlagen, werden unsere europäischen Industrien in ihrem Lebensnerv berührt, und mit angehaltenem Athem müssen wir heute den Kampf der wirthschaftlichen Parteien im Repräsentantenhaus zu Washington verfolgen, weil jede Phase desselben ihre unmittelbare Rückwirkung auf unsere Geldpolitik und auf unsere nationale Produktion übt. Weiter zwingen die Selbstverwaltung der Gemeinden, Kreise und Provinzen, die Durchführung der konstitutionellen oder der parlamentarischen Staatsverfassung die Blätter, ihre Spalten mit endlosen Berichten über die Verhandlungen der betr. Vertretungen zu füllen.“

Gewiß ergeben sich aus der Preßthätigkeit manche schwere Nachtheile. Dr. Löbl führt als solche an: eine weitgehende Nivellirung der Anschauungen, eine intellektuelle Unselbstständigkeit, ja sogar eine Abneigung gegen jene geistige Anstrengung, die nothwendig ist, um eine eigene Ansicht zu gewinnen, ferner ein weites Sinken der Stärke des Gedächtnisses, der Erinnerung, die Beeinträchtigung der Buchlektüre durch die Zeitungslektüre bei den gebildeten Klassen, während für die großen breiten Massen die Zeitungslektüre ein geistiger Segen sei. Dagegen hält er den Vorwurf, daß die Presse die Sprache verderbe, für die ungerechteste unter allen Anklagen. In der That ist der Vorwurf der Sprachverderbniß unbegründet; er hängt ausschließlich mit dem mangelhaften Unterricht in der deutschen Sprache auf vielen deutschen Schulen zusammen. Jede große Zeitung zählt ihre Mitarbeiter nach Tausenden; es ist ein Ding der Unmöglichkeit, sie alle unter einen Sprach- oder Schreibhut zu bringen, und so drängen sich recht häufig von außen eine Menge Sprachsünden in die Zeitung hinein, die den leitenden Redakteuren ein Dorn im Auge sind, deren völlige Ausmerzung aber unmöglich ist aus allerhand technischen Gründen. Inzwischen fällt auch der Telegrammstil, der Vater vielfacher früherer Sprachsünden, immer mehr im Zeitungsdienst der Vergessenheit anheim, seitdem die Beförderung von Nachrichten durch den Telegraphen einerseits nicht mehr ungewöhnlich ist und andererseits immer mehr durch den Fernsprecher ersetzt wird. Vor Allem aber fällt in's Gewicht, daß innerhalb der Redaktionen schon seit Jahrzehnten immer sorgsamer auf Pflege und Reinheit der Sprache geachtet wird. Unter den Leitern und Mitarbeitern unserer Zeitungen sind Männer genug, die sich den Lehrern an Gymnasium und Universität in dem Urtheil über die lebendige Sprache an die Seite stellen können; die Zeitungen sind in der vernünftigen Reinigung der Sprache von Fremdwörtern und in der Reinheit des Stils bahnbrechend und führend vorangegangen. Zudem sind die Zeiten längst vorüber, daß die „verfehlten Berufe“ die hauptsächlichsten Mitarbeiter für die Zeitungen liefern. Mit der zunehmenden Bedeutung der Presse im öffentlichen Leben hat selbstverständlich auch das Streben tüchtiger Kräfte zugenommen, durch die Presse im öffentlichen Leben wirksam zu sein. Die Auswahl der Mitarbeiter ist also eine weit reichere und gediegenere geworden, und es ist dabei selbstverständlich, daß, wer nicht schreiben kann, bei der Auswahl ausscheiden muß.

Der Anreiz, Einfluß in der Presse und durch die Presse zu gewinnen, muß aber um so mehr wachsen, je mehr das Ansehen der Parlamente in der öffentlichen Meinung sinkt. Wenn so die Dinge weiter gehen, wie sie in allen Parlamenten unter dem verderbenden Einfluß des allgemeinen, gleichen Wahlrechts sich entwickeln, wenn immer mehr die Volksvertreter aus dem Wahlkampf mit festgelegter Marschroute hervortreten, wenn lediglich die rohe Macht der Stimmenmehrheit über die Kraft der besten Vernunftgründe den Sieg gewinnt, wenn schließlich die ausgesprochene Furcht, nicht wiedergewählt zu werden, der Leitfaden bei den schließlichen Abstimmungen der einzelnen Abgeordneten wird, dann muß nothwendig immer mehr die Presse als das öffentliche Gewissen des Volkes an die Stelle der berufenen Volksvertretung kommen. Schon heute, bemerkt die „Köln. Ztg.“ in ihrer Betrachtung über den erwähnten Vortrag, ist es die Presse, die allen Berathungen die Wege bahnt, alle an den Wirkungen von Gesetzen Betheiligten zu Worte kommen läßt und die Schäden erlassener Gesetze unnachsichtlich offen legt. Diese Aufgabe, so bedeutungsvoll und verantwortlich sie schon jetzt ist, wird nothwendig immer wichtiger und umfassender werden. Denn das Zeichen der Oeffentlichkeit, unter dem unser ganzes politisches und wirthschaftliches Leben — zumal seit der Entwickelung unserer Selbstverwaltung und unseres Aktienrechts — steht, strahlt heller denn je; sie ist die Loosung für jedes Vorwärts; sie ist, um mit den beredten Worten König Friedrich Wilhelm's IV. zu sprechen, „das Licht der Sonne, das gleichmäßig ausgestrahlt die Finsterniß wirklich erhellt, in tiefe Höhlen dringt, das Nachtgefieder verscheucht, Keime entwickelnd, Blüthen entfaltend, Früchte reifend, Früchte, an deren Genuß die Menschen gesunden.“

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 18. Novbr.

Berlin. Zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und dem französischen Botschafter ist heute ein Abkommen mit Frankreich unterzeichnet worden, welches nach Analogie der von Frankreich mit anderen Ländern, insbesondere mit Italien und Oesterreich-Ungarn geschlossenen Verträge, der deutschen Einfuhr in Tunis die Behandlung der meistbegünstigten Nation mit Ausnahme Frankreichs sichert.

Ellwangen. Bei der gestern stattgehabten Ersatzwahl im 13. württembergischen Reichstagswahlkreise sind bisher gezählt worden für Professor Hofmann (Ctr.) 9323, Bräutle (Volksp.) 5171, Agster (Soz.) 1267, Geß (natl.) 407 Stimmen. Da nur noch einige kleinere Orte ausstehen, scheint die Wahl Hofmann's sicher.

Wien. Das „Fremdenblatt“ kommt auf die Erklärungen des Fürsten Hohenlohe und des Freiherrn v. Marschall nochmals ausführlich zurück und hebt hervor, die Interpellation habe den Anlaß zu werthvollsten Aeußerungen gegeben, welche, den Geist der Loyalität, von dem die deutsche Staatskunst erfüllt sei, den Ernst, die Sachlichkeit und die Umsicht der Politik des deutschen Kaisers zeigten. Das „Fremdenblatt“ schließt, insbesondere bei uns in Oesterreich-Ungarn, die wir so aufrichtige, warme bundestreue Worte für unsere Monarchie zu hören bekamen, kann dieser Eindruck nur ein sympathischer sein.

Paris. Die „République française“ konstatirt, daß der Eindruck, welchen die gestern im deutschen Reichstage abgegebenen Regierungserklärungen hervorgerufen haben, abgesehen von England, überall ein ausgezeichneter gewesen ist.

Paris. Deputirtenkammer. Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Castelin über die Dreyfus-Angelegenheit. Der Kriegsminister General Billot verliest eine Erklärung, in welcher es heißt: die Verurtheilung Dreyfus' sei einstimmig erfolgt. Es handle sich um res judicata, Niemand könne das Urtheil umstoßen. Castelin fordert die Regierung auf, energische Maßregeln zu treffen, um eine Erneuerung des Getriebes zu Gunsten Dreyfus' zu verhindern. Redner erinnert an das Gerücht von Dreyfus' Flucht und verlangt die gerichtliche Verfolgung Derjenigen, welche, den Zeitungen zufolge, die Mitglieder des Kriegsgerichts einzuschüchtern oder zu erkaufen und Dreyfus bei seiner Ankunft in La Rochelle entschlüpfen zu lassen suchten. Redner beruft sich auf eine Mittheilung der „Libre Parole“, wonach der frühere Ministerpräsident Dupuy Kenntniß gehabt haben soll von einem bei dem Berichterstatter des Kriegsgerichts verübten Bestechungsversuch. Dem Referenten sei 1 Million Francs für einen Dreyfus günstigen Bericht angeboten worden. Abgeordneter Dupuy unterbricht den Redner mit der Bemerkung, niemals sei ihm ein derartiger Bestechungsversuch zur Kenntniß gekommen. Castelin fährt fort und behauptet, Dreyfus' Schwiegervater, der Juwelier Hadamard, habe aus dem Kriegsministerium Informationen über ein verschanztes Lager in den Seealpen und über die Vertheidigung von Nizza entwendet und in's Ausland geschafft. Ministerpräsident Méline erklärt, die Regierung habe keinen Grund, die Debatte wieder zu eröffnen. Die von der Kammer einstimmig genehmigte Tagesordnung lautet: Die Kammer, einig in ihrem patriotischen Empfinden und in dem Vertrauen zur Regierung, daß sie, wenn Anlaß dazu vorliegt, die bei und nach der Verurtheilung des Verräthers Dreyfus zu Tage getretenen Verantwortlichkeiten untersuchen werde, geht zur Tagesordnung über. — Die Kammer nahm sodann die Berathung über das Budget des Gemeinderathes von Paris wieder auf und genehmigte ohne Debatte die Ausgaben, welche der Aufenthalt des Kaisers und der Kaiserin von Rußland in Paris mit sich gebracht hat.

Brüssel. In dem Prozesse gegen den Hauptmann Lothaire wegen Bruchs des Eheversprechens wurde der Angeklagte zum Ersatz der Kosten verurtheilt, die dem Fräulein von Heck im Hinblick auf die bevorstehende Verehelichung entstanden sind.

London. Nach einer bei Lloyds' eingegangenen Depesche ist der britische Dampfer „Memphis“, von Montreal nach Avonmouth unterwegs, bei Mizen Head (Irland) gestrandet. Der Kapitän und ein Theil der Mannschaft wurden gerettet, neun Mann sind, wie vermuthet wird, umgekommen.

Konstantinopel. Der zur Aburtheilung der bei den Ereignissen des 26. August betheiligten Armenier eingesetzte besondere Gerichtshof verurtheilte den armenischen Bischof der Vorstadt Haskiöi zum Tode. — Der Kassationshof bestätigte das gegen den armenischen Bischof in Bitlis infolge der Unruhen im vorigen Jahre gefällte Todesurtheil.

Philippopel. Nach Berichten aus Konstantinopel sind daselbst neuerdings zahlreiche Verhaftungen von Mohammedanern vorgekommen.

Rio de Janeiro. Die Minister der Marine, der Finanzen und der Industrie und öffentlichen Arbeiten haben ihre Entlassung eingereicht.

Oertliches und Sächsisches.

— Ihre Königl. Hoheit Frau Prinzessin Johann Georg wohnte vorgestern Abend dem Sinfonie-Concert im Altstädter Hoftheater bei.

— Die bevorstehende Session des preußischen Landtags wird für die Beamtenschaft unseres großen Nachbar-Bundesstaats von besonderem Interesse sein, da zugleich mit dem Staatshaushaltplan eine Vorlage behufs Erhöhung der Beamtenbesoldungen eingebracht werden soll. In Sachsen ist man bekanntlich dieser Frage bereits vor Jahren näher getreten und hat eine Regulirung der Beamten-Gehaltsverhältnisse, die in ihrer Gesammtheit mit weitgehenden Erhöhungen verbunden war, seitens der Regierung und der Stände in wohlwollendster Weise vorgenommen. Die Gesichtspunkte aber und Grundsätze, von denen man hierbei ausgegangen ist, weichen in beiden Ländern in mancher Beziehung von einander ab. War in Preußen das Dienstaltersstufen-System bisher schon in ausgiebiger Weise gehandhabt worden, als beispielsweise bei den mittleren Beamten des Justizdepartements in Intervallen von 3 zu 3 Jahren ein Aufrücken in die nächst höhere Gehaltsklasse stattfand, so ist der Beginn der Dienstaltersstaffel zur konsequenteren Durchführung dieser Methode neuerdings auf einen früheren Zeitpunkt des Dienstalters, nämlich der der ständigen Anstellung, hinabgerückt worden, sodaß das Durchlaufen des Zwischenraums vom Minimal- zum Maximalgehalt jetzt bestimmt in 21 Jahren erfolgt. In Sachsen dagegen ist dieses System seither nur in sehr beschränktem Umfange in Anwendung gebracht worden. Von einer grundsätzlichen allgemeinen Einführung hat man abgesehen; man hat Zulagen nach Altersabstufungen nur gewissen Unterbeamten-Kategorien, wie den Dienergehilfen bei den Gerichten, den Aufwärtern bei den Bezirkssteuereinnahmen, den Gefangen- und Straßenwärtern u. s. w. zugebilligt. Es liegt in der Natur dieses Systems begründet — wie in der sächsischen Budgetvorlage von 1891/92 ausgeführt wurde —, daß es sich für höhere Beamte und für solche Stellungen im öffentlichen Dienst, in denen erfahrungsgemäß ein ziemlich schneller Wechsel vorkommt, nicht eignet. Kein Zweifel aber ist, daß das System der Dienstalterszulagen insofern vollkommener als das bloße Stellensystem ist, als es — nach den eigenen Worten der erwähnten Vorlage — „das Aufrücken in höhere Gehaltsstufen im Gegensatz zu dem System der Aufrückung nach Gehaltsklassen mit fester Stellenzahl von Zufälligkeiten (Pensionirungen, Abgang durch Tod u. s. w.) unabhängig macht und daher den Beamten von vornherein eine sichere Aussicht gewährt, je nach Verlauf einer gewissen Reihe von Jahren im Diensteinkommen sich zu verbessern.“ Ueberall aber, wo aus irgend welchen Gründen nach dem Stellensystem ein unverhältnißmäßig langsames Aufrücken in höhere Gehaltsklassen stattfindet, beispielsweise wenn die einzelnen Stellen durch eine Anzahl nahezu gleichaltriger Kollegen im rüstigen Mannesalter besetzt sind, würden Dienstalterszulagen ganz gewiß am Platze sein. Damit würde dem fortwährenden Vergleichen mit anderen Kategorien gleicher Art, dem Klagen über „schlechtes Avancement“ — abgesehen davon, daß gewiß eine Unmoralität darin liegt, den Weggang eines dienstälteren Kollegen im eigenen Interesse zu wünschen — ein Riegel vorgeschoben werden. Eine Erweiterung des Kreises derjenigen Beamten, denen Dienstalterszulagen gewährt werden, auch auf gewisse Gruppen von mittleren Beamten, stellt sich bei näherer Prüfung als ein Gebot der Billig-

Pfund's sterilisirte (keimfreie) **Kindermilch.** Trockenfütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79.